

Saale-Zeitung.

Giebendvierzigster Jahrgang.

werden die... Anzeigen... Sonntag und Montag einmal

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweiger Str. 17

Bezugspreis... Die Halle... unter 'Saale-Zeitung' eingetragen.

Besprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 1767; der Annoncen-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 148.

Halle a. S., Montag, den 31. März.

1913.

Die Wehr- und Steuergeleze.

Die in der 'Nordd. Allg. Ztg.' vorgestern abend in ihren Grundzügen wiedergegebenen Wehr- und Steuergeleze sind namentlich auch in der üblichen Form von Verlagen dem Reichstag zugegangen.

Der einmalige Wehrbeitrag. Der Gehelntwurf zerfällt in 67 Paragraphen: § 1 bestimmt, daß die Abgabe 1/2 Proz. des Vermögens...

- 1. selbständige Rechte und Gerechtigkeiten; 2. verzinsliche und unverzinsliche Kapitalforderungen jeder Art; 3. Aktien oder Anteilscheine, Kurre, Geschäftsauthaben...

Unter diese Nummer 5 fallen jedoch nicht Ansprüche an Witwen, Waisen- und Pensionskassen; Ansprüche aus einer Kranken- oder Unfallversicherung...

Die Beitragspflicht. Beitragspflichtig sind nach § 11 mit ihrem gesamten Vermögen mit Ausnahme des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens:

- 1. die Angehörigen des Deutschen Reichs, mit Ausnahme derer, die sich seit länger als einem Jahre dauernd im Ausland aufhalten; 2. diejenigen nichtreichsangehörigen Personen...

Hierüber heißt es in § 12: Beitragspflichtig sind ferner Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, und zwar 1. mit ihrem gesamten Vermögen, mit Ausnahme des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens...

§ 17. Bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, wird der Ertragswert zugrunde gelegt.

§ 18. Wertpapiere, die in Deutschland an einen Börsenort, sind mit dem Kurswert, Forderungen, die in das Schuldbuch einer öffentlichen Körperschaft eingetragen sind, mit dem Kurswert der entsprechenden Schuldverschreibungen der öffentlichen Körperschaft anzusehen.

§ 19. Bei Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien, deren Aktien keinen Börsenort haben, sowie bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung gilt als Wert der Aktie oder des Gesellschaftsanteils der Teil des Gesellschaftsvermögens, welcher dem Brudteil entspricht...

§ 20. Andere, nicht unter § 18 fallende Kapitalforderungen und Schulden sind mit dem Nennwert anzusehen, sofern nicht besondere Umstände die Veranschlagung nach einem vom Nennwert abweichenden Werte begründen.

§ 22. Der Wert von Renten oder anderen auf die Lebenszeit einer Person beschränkten Rutzungen und Leistungen bestimmt sich nach dem Lebensalter der Person, mit deren Tode das Recht erlischt.

Als Wert wird angenommen bei einem Alter 1. bis zu 15 Jahren das 18fache, 2. von mehr als 15 bis zu 25 Jahren das 17fache...

Die Vermögenserklärung. Hier bestimmt § 34: Zur Abgabe einer Vermögenserklärung ist verpflichtet, wer ein Vermögen von mehr als zehn Tausend Mark besitzt.

Die Vermögenserklärung ist unter der Verpflichtung zu erteilen, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

§ 36. Der Beitragspflichtige kann zur Abgabe der Vermögenserklärung mit Geldstrafen bis zu fünf hundert Mark angehalten werden.

§ 37. Die Veranlagungsbehörde prüft die Angaben in der Vermögenserklärung und stellt, gegebenenfalls nach Aufnahme der erforderlichen Ermittlungen, die Höhe des Vermögens fest.

§ 38. Die Veranlagungsbehörde kann Zeugen und Sachverständige ernenntlich vernehmen. Das Zeugnis oder Gutachten darf nur unter den Voraussetzungen verweigert werden, die nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung (§§ 288 bis 305, 407, 408) zur Ablehnung eines Zeugnisses oder Gutachtens berechtigen.

§ 39. Der Beitragspflichtige hat auf Erfordern die Höhe seines Vermögens nachzuweisen. Er ist insbesondere verpflichtet, die Veranlagungsbehörde mit Sachverständigen, Verträge, Schuldverschreibungen, Zinsausmittlungen, Abrechnungen von Banken oder ähnlichen Unternehmungen und andere Schriftstücke, die für die Veranlagung von Bedeutung sind, zur Einsicht und Prüfung vorzulegen.

Nach § 41 ist die Behörde berechtigt, den Beitragspflichtigen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Vermögens-

erklärung an Eides Statt versichern zu lassen. Diese Versicherung ist vor der Veranlagungsbehörde selbst oder vor einer eruchten Behörde schriftlich oder mündlich abzugeben. Die Vermögenspflichtigen sind zur Rechtshilfe verpflichtet. Geldstrafen bis zu 500 Mark sollen die Abgabe dieser Versicherung nötigenfalls erzwingen.

Eine Auskunftspflicht besteht nicht für die Vorstände, für die Verwaltung der Schuldlose öffentlichen Körperschaften, sowie für die Verwaltung öffentlicher Sparkassen und anderer mit der Verwaltung und Bewahrung fremden Vermögens befaßter öffentlicher Anstalten.

Das Erbrecht des Staates. Der Entwurf eines Gesetzes über das Erbrecht des Staates schließt das gesetzliche Erbrecht der Seitenverwandten mit der bisherigen zweiten Erbrechtsordnung zugunsten des Fiskus ab und räumt darüber hinaus den Abkömmlingen der Großeltern des Erblassers nur noch gewisse Erleichterungen beim Erwerb von Gegenständen des Nachlasses ein.

Die Vermögenswerte sind nicht aus dem Nenn- und Kurswert oder dem Betrage der eileisten Zahlungen abzuleiten, kann der Beitragspflichtige sich in der Vermögenserklärung auf die tatsächlichen Mitteilungen beschränken, die er behufs Schätzung des Wertes beibringen vermag.

Wie mitgeteilt, hat der Bundesrat auch ein 78 Paragraphen umfassendes Besitzsteuergeleze ausgearbeitet, das jedoch nur in Kraft treten soll, wenn in einem Bundesstaat bis zum 1. April 1916 die zur Ausführung der erhöhten Matrikularbeiträge bestimmte Besteuerung nicht in Wirksamkeit gesetzt wird.

Die Abgabe von Vermögenszuwachs vorliegt, folgende Umstände herangezogen: Die Abgabe ist gestaffelt, sie beträgt vom Zuwachs bis zu 25 000 Mark 1/2 Proz. und steigt bis zu 1 1/2 Proz. Uebersteigt der Gesamtwert des steuerbaren Vermögens eines Steuerpflichtigen den Betrag von 100 000 Mark, so erhöht sich der Steuerfuß auf 0,1 Proz. Bei noch größerem Vermögen steigt dieser Fußfuß bis zu 1 Proz. Zum steuerbaren Vermögen gehört nicht das im Ausland oder in einem anderen deutschen Bundesstaat befindliche Grund- und Betriebsvermögen. Als steuerbares Vermögen gelten ferner nicht Möbel, Hausrat usw. Die Abgabe wird nicht erhoben, wenn der Vermögenszuwachs 2000 Mark nicht übersteigt. Bei der Feststellung des Vermögens wird, abgesehen von besonderen Fällen, der gemeine Wert zugrunde gelegt. Bei Grundstücken tritt jedoch auf Antrag des Steuerpflichtigen an die Stelle des gemeinen Wertes der Betrag der nachgewiesenen oder glaubhaft gemachten Anschaffungskosten, und beim Erwerb von Todes wegen, soweit die Grundstücke dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, der Ertragswert. Alle Personen mit einem steuerbaren Vermögen von 20 000 Mark und darüber sind zu einer Besitzsteuererklärung verpflichtet. Von anderen Personen kann die Steuerbehörde von den Erben die Vorlage eines Verzeich-





